

"Ende einer Hoffnung" in Die Welt (6. November 1947)

Quelle: Die Welt. Überparteiliche Zeitung für die gesamte britische Zone-Veröffentlicht unter Zulassung durch die britischen Behörden. 06.11.1947, n° 132; 2. Jg. Hamburg: Die Welt. "Ende einer Hoffnung", p. 2.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: http://www.cvce.eu/obj/ende_einer_hoffnung_in_die_welt_6_november_1947-de-aed3fb84-b52f-4003-ad1d-638611c2c57e.html

Publication date: 03/07/2015

Ende einer Hoffnung

Es wurden kürzlich viele und widersprechende Kommentare über die Gründung des Belgrader kommunistischen Informationsbüros verfaßt, und die Vermutungen erstreckten sich von der Wiederbelebung der einst offiziell begrabenen Komintern mit all ihren kämpferisch-revolutionären Zielen bis zur harmlosen Deutung der neuen Institution als eines rein technischen Notbehelfs der zahlenmäßig beträchtlich angewachsenen kommunistischen Organisationen zum Zwecke einheitlicher Zusammenfassung.

Die fortgesetzte Folge aufregender und dramatischer Zwischenfälle in den Ländern des Sowjetblocks läßt aber die Belgrader Neugründung immer mehr im Licht eines überaus bedeutenden und einmaligen Ereignisses erscheinen, was übrigens auch der inzwischen in allen Sprachen erschienene Bericht Schdanows vor der Warschauer Konferenz in vollem Umfang bestätigt.

Die Sowjetunion und die ihr angeschlossenen Länder sind davon überzeugt, die wirkliche, d. h. sozialistische Demokratie entwickelt zu haben, und glauben daran, daß die aus dem Krieg gestärkt hervorgegangene USA-Demokratie infolge ihrer ideologischen Bindungen an kapitalistische Wirtschaftsformen willens ist, wenn nötig, Rußland und seinen Anhang zu vernichten, um selbst zur Stellung als alleinige Weltmacht aufzusteigen. Aus diesem Gefühl, das Ziel künftiger Angriffe zu sein, ergibt sich von selbst die Überzeugung, daß die Sowjetunion die Hüterin des Weltfriedens ist.

In diesem Sinne kann die Gründung des Belgrader Büros das Ende einer Politik bedeuten, die von niemand anderem als Stalin persönlich auf der Krimkonferenz im Februar 1945 sanktioniert worden war. Stalin hatte damals ausdrücklich bestimmt, daß alle politischen und wirtschaftlichen Nachkriegsprobleme auf demokratischem Wege gelöst werden müßten. Das bedeutete das Ende der Hoffnungen all jener, die glaubten, auf revolutionärem Wege, ähnlich wie seinerzeit in Rußland, die bestehenden Verhältnisse ändern zu können. Zusammen mit Großbritannien und den USA hat die Sowjetunion diese Lösung in Jalta ausdrücklich abgelehnt, und es ergab sich somit die neuartige Situation, daß wohl die objektiven Bedingungen für eine revolutionäre Krise vorhanden waren, von den Großmächten einschließlich Rußlands aber jede revolutionäre Aktion im voraus abgelenkt wurde.

Die Hartnäckigkeit Stalins, die er in andern Detailfragen an den Tag legte, sprach für, nicht gegen seinen Erfüllungswillen, und man konnte wohl zu dem Eindruck kommen, Rußland habe nicht versprochen, was es nicht halten möchte, und wolle halten, was es versprochen hatte.

Wer nach einer Berechtigung für diese Auslegung der sowjetrussischen Absichten sucht, braucht sich nur der berühmt gewordenen Unterredung zwischen Marschall Stalin und Winston Churchill zu erinnern, in der Rußland seinen Wunsch zum Ausdruck brachte, nach dem Krieg ein „starkes und unabhängiges Polen“ zu schaffen.

Heute kann man in allen Ländern der russischen Machtsphäre, wo sich noch ein Rest westlicher Demokratie dürrig am Leben hält, eine Welle von Verfolgung beobachten, die in allen Fällen ein gemeinsames Merkmal haben: es wird der Opposition, den Bauernführern oder den sonstigen Opfern der Prozesse und Hinrichtungen vorgeworfen, sie hätten „im Auftrage einer fremden Macht“ gehandelt. Ob es sich um Geflohene oder Hingerichtete, um Polen, Jugoslawien, Rumänien oder Ungarn handelt: es ist immer die Anklage des Landesverrats, der gegen sie erhoben wird.

Sie mögen Petkoff, Kikolajczyk, Maniu, Pfeiffer oder Nagy heißen – der Bannstrahl der schwersten aller Anklagen, das Vaterland verraten zu haben, wird stereotyp gegen sie geschleudert. Dabei spielt es gar keine Rolle, ob dieser Vorwurf auch nur den Schein der Glaubwürdigkeit trägt oder nicht. Die Opfer werden damit gebrandmarkt, und man kann sicher sein, daß sich in jedem Lande eine Woge der Empörung gegen diejenigen erhebt, die man solchermaßen außerhalb des Gesetzes stellt.

Die Reminiszenz an die seit Jahren in Rußland geübte Methode gleichen Vorzeichens genügt nicht, um dieses Phänomen zu erklären. Man muß auf die Belgrader Institution und ihren wirklichen Hintergrund zurückkommen, um sich erklären zu können, was hier in Wahrheit vor sich geht.

Alle diese Männer sind nicht nur die Opfer innenpolitischer Auseinandersetzungen, sondern ihre Fälle sind Symptome für einen ungeheuren Machtkampf, der zwischen zwei Welten entbrannt ist. Nur der fanatische Glaube, die rechte Ansicht zu vertreten und den rechten Weg zu beschreiten, kann es den Beherrschern der Oststaaten ermöglichen, Vertreter westlicher Denkungsart rücksichtslos auszurotten und dabei doch die Überzeugung zu behalten, das Rechte und Gute zu tun.

Die Hoffnung, daß Sowjetrußland mit der übrigen Welt trotz aller Gegensätze in Frieden auskommen könne, scheint zumindest eine gründliche Wandlung erfahren zu haben, sonst wäre das Informationsbüro in Belgrad nicht zwei Jahre nach Jalta gegründet worden. Sonst käme ein Patriot wie Mikolajczyk nicht mit einem Rasiermesser und einem Handtuch plötzlich in dem Lande an, das er einst voller Hoffnungen verließ, sonst säße nicht in Bukarest ein Greis auf der Anklagebank, dem schwerlich jemand einen Landesverrat zutrauen wird.